

Konzentrationspolitik in der Bundesrepublik – Das Beispiel der Entstehung des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen

Von

Dipl.-Pol. Rüdiger Robert

W40

Technische Hochschule Darmstadt
Fachbereich Rechts- und Wirtschaftswissenschaften
Quantitative Wirtschaftspolitik



P 317

DUNCKER & HUMBLOT / BERLIN

Inhaltsverzeichnis

1. Unternehmenskonzentration, Konzentrations- und Wettbewerbspolitik	11
1.1. Unternehmenskonzentration als gesellschaftliches Problem	11
1.1.1. Konzentration, Macht und Herrschaft	11
1.1.2. Die Unternehmenskonzentration	14
1.1.3. Wirkungen und Mißbrauch der Unternehmenskonzentration	16
1.2. Konzentrationspolitik als gesellschaftspolitische Aufgabe des Staates	23
1.2.1. Notwendigkeit und Ziele staatlicher Konzentrationspolitik	23
1.2.2. Hemmungen staatlicher Konzentrationspolitik	24
1.2.3. Zur Systematik des konzentrationspolitischen Instrumentariums	26
1.2.4. Wettbewerbspolitik und konzentrationspolitisches Instrumentarium	28
1.3. Das Beispiel der Entstehung des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen	30
2. Unternehmenskonzentration und Verfügungsgewalt in der BRD — Materialien zur Vermachtung der Wirtschaft	33
2.1. Stand und Trend der Unternehmenskonzentration	33
2.1.1. Die Konzentration in der Gesamtindustrie	33
2.1.2. Die Branchenkonzentration	44
2.1.3. Die Konzentration aufgrund faktischer Abhängigkeiten — Das Beispiel des Depotstimmrechts	49
2.2. Die Konzentration der Verfügungsgewalt	53
2.2.1. Die institutionellen Voraussetzungen	53
2.2.2. Die Konzentration von Verfügungsgewalt in der Hand von Managern und Großeigentümern	56
3. Historische und wettbewerbstheoretische Grundlagen zur Entstehung des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen	61
3.1. Die Kartellpolitik des Deutschen Reiches	61
3.1.1. Die Phase der Kartellfreiheit	62
3.1.2. Die Phase der staatlichen Mißbrauchsaufsicht	66
3.1.3. Die Phase des Übergangs zur staatlichen Zwangswirtschaft	69
3.1.4. Zur konzentrationspolitischen Bedeutung der Kartellpolitik des Deutschen Reiches	72

3.2.	Das ordoliberalen Wettbewerbskonzept der dreißiger und vierziger Jahre	73
3.2.1.	Die Marktform der vollständigen Konkurrenz	74
3.2.2.	Die ‚Ordnung‘ der Wirtschaft durch den Staat	78
3.2.3.	Freiheit als Abwesenheit von Macht und Herrschaft	82
3.3.	Die Konzentrationspolitik der USA im westlichen Nachkriegsdeutschland 1945 - 1949	85
3.3.1.	Die wirtschaftliche Entmachtung Deutschlands als Mittel der amerikanischen Sicherheitspolitik	86
3.3.2.	Der wirtschaftliche Wiederaufbau Deutschlands als Mittel der amerikanischen Sicherheitspolitik	89
3.3.3.	Die Reduzierung des konzentrationspolitischen Engagements der USA im westlichen Nachkriegsdeutschland	94
3.4.	Die Anfänge der deutschen Wettbewerbspolitik 1946 - 1949	97
3.4.1.	Die deutsche Opposition gegen den Erlaß des amerikanischen Militärgesetzes No 56	97
3.4.2.	Die Josten-Entwürfe	102
3.4.3.	Wettbewerbs- und Konzentrationspolitik in den Anfängen der sozialen Marktwirtschaft	106
4.	Die Erarbeitung des Regierungsentwurfes zum Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen	111
4.1.	Die rechtlichen Ansatzpunkte für die Erarbeitung des Regierungsentwurfes	111
4.2.	Die Haltung Erhards und der Ministerialbürokratie	115
4.2.1.	Die Haltung Erhards	115
4.2.2.	Die Haltung der Ministerialbürokratie	119
4.3.	Die Erarbeitung der Referentenentwürfe	122
4.3.1.	Phase 1: März 1949 bis November 1949	122
4.3.2.	Phase 2: Dezember 1949 bis April 1950	127
4.3.3.	Phase 3: Mai 1950 bis September 1951	132
4.4.	Von den Referentenentwürfen zum Regierungsentwurf	138
4.4.1.	Die interministeriellen Beratungen über den Entwurf zum Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen	138
4.4.2.	Die Beratungen des Bundeskabinetts über den Entwurf zum Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen	144
4.5.	Die deutsch-alliierten Verhandlungen über den Regierungsentwurf 150	
4.5.1.	Zum Kompromißcharakter der alliierten Wettbewerbs- und Konzentrationspolitik in der Bundesrepublik seit 1949	150
4.5.2.	Änderungsvorschläge der Alliierten zum Regierungsentwurf und Reaktion des Bundeswirtschaftsministeriums	156
4.5.3.	Verlauf und Ergebnis der deutsch-alliierten Verhandlungen über den Regierungsentwurf	161

4.6.	Das wettbewerbspolitische Engagement der Interessenverbände ..	166
4.6.1.	Die wettbewerbspolitischen Aktivitäten und Auffassungen der Interessenverbände	166
4.6.2.	Die Argumentation der Interessenverbände	175
4.6.3.	Die Einflußnahme der Interessenverbände auf die Gestaltung des Regierungsentwurfes	181
5.	Das Scheitern des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen in der ersten Legislaturperiode	186
5.1.	Die Haltung der Parteien	186
5.1.1.	Die Haltung der CDU/CSU	186
5.1.2.	Die Haltung der FDP	191
5.1.3.	Die Haltung der SPD	196
5.2.	Die Stellungnahme des Bundesrates zum Regierungsentwurf des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen	202
5.2.1.	Die Beteiligung des Bundesrates an der Erarbeitung des Regierungsentwurfes	202
5.2.2.	Verlauf und Ergebnis der Beratungen im Wirtschaftsausschuß des Bundesrates	205
5.2.3.	Verlauf und Ergebnis der Beratungen im Plenum des Bundesrates	210
5.3.	Die Behandlung des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen im Bundestag	215
5.3.1.	Die erste Lesung des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen im Bundestag	215
5.3.2.	Die Blockierung des Gesetzesvorhabens im Wirtschaftsausschuß des Bundestages	221
5.4.	Die Einflußnahme der Interessenverbände	229
5.4.1.	Das Ende der ‚Stillhaltepolitik‘	229
5.4.2.	Die Einflußnahme der Interessenverbände auf den Bundesrat ...	235
5.4.3.	Die Einflußnahme der Interessenverbände auf den Bundestag ...	237
6.	Die ‚Wiedereinbringung‘ des Regierungsentwurfes zum Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen in der zweiten Legislaturperiode	244
6.1.	Der offizielle Beschluß der Bundesregierung zur Wiedereinbringung des Entwurfes zum Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen in der Fassung vom 13. 6. 1952	244
6.2.	Die Modifizierung des Regierungsentwurfes durch die Verhandlungen des Bundeswirtschaftsministeriums mit dem BDI-Arbeitskreis Kartellgesetz	251
6.2.1.	Der BDI als Sprecher der deutschen Industrie	251
6.2.2.	Die Verhandlungen mit dem BDI-Arbeitskreis Kartellgesetz bis zu ihrem Abbruch am 3. 7. 1954	255

6.2.3.	Wiederaufnahme und Abschluß der Verhandlungen mit dem BDI-Arbeitskreis Kartellgesetz	260
6.3.	Zur Glaubwürdigkeit der Wettbewerbspolitik der Bundesregierung	266
6.4.	Der Zusammenhang von Wettbewerbspolitik und Steuerreform ..	269
7.	Die Erarbeitung der endgültigen Fassung des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen	272
7.1.	Die Stellungnahme des Bundesrates zum Regierungsentwurf des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen	273
7.1.1.	Die Notwendigkeit zur neuerlichen Beratung des Regierungsentwurfes durch den Bundesrat	273
7.1.2.	Verlauf und Ergebnis der Beratungen im Wirtschaftsausschuß des Bundesrates	274
7.1.3.	Verlauf und Ergebnis der Beratungen im Plenum des Bundesrates	279
7.2.	Die Behandlung des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen im Bundestag	286
7.2.1.	Die Ausgangssituation für die Beratungen im Bundestag	286
7.2.1.1.	Der Wunsch nach Forcierung des Gesetzgebungsverfahrens	286
7.2.1.2.	Der Höcherl- und der Böhm-Entwurf	288
7.2.1.3.	Die erste Lesung des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen im Bundestag	291
7.2.2.	Die Ausschlußberatungen	301
7.2.2.1.	Die erste Lesung des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen im Wirtschaftsausschuß	301
7.2.2.2.	Die zweite Lesung des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen im Wirtschaftsausschuß	309
7.2.2.3.	Der Versuch des Rechtsausschusses zur Blockierung des Gesetzesvorhabens	318
7.2.3.	Die Verabschiedung des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen im Bundestag	324
7.3.	Die Zustimmung des Bundesrats zu der vom Bundestag verabschiedeten Gesetzesfassung	329
7.4.	Die Einflußnahme der Interessenverbände	331
7.4.1.	Die Einflußnahme der Interessenverbände auf den Bundesrat	331
7.4.2.	Die Einflußnahme der Interessenverbände auf den Bundestag	333
8.	Konzentrationspolitik in der Bundesrepublik — Resümee zur Entstehung des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen und Ausblick	344
8.1.	Zum konzentrationspolitischen Gehalt des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen	344
8.2.	Die Bedeutung außerökonomischer und ökonomischer Faktoren für die Entstehung des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen	352

8.2.1.	Die Bedeutung außerökonomischer Faktoren für die Entstehung des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen	352
8.2.2.	Die Bedeutung ökonomischer Faktoren für die Entstehung des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen	360
8.3.	Die Bedeutung des wettbewerbs- und konzentrationspolitischen Engagements der Alliierten für die Entstehung des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen	366
8.4.	Die Bedeutung des innenpolitischen Spiels der Kräfte für die Entstehung des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen	369
8.4.1.	Die opponierenden Kräfte	369
8.4.1.1.	Die Innerbereichsopposition	369
8.4.1.2.	Die Opposition der Verbände	375
8.4.2.	Die unterstützenden Kräfte	381
8.5.	Die Reaktion auf die wettbewerbs- und konzentrationspolitischen Erfahrungen mit dem Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen in den sechziger und siebziger Jahren	386
Literaturverzeichnis		392